

Abgeordnete und ihre Zulagen

Wieso viele Volksvertreter zu Unrecht kassieren



Bundesverfassungsrichter

Stellen Sie sich vor, das hochangesehene Bundesverfassungsgericht entscheidet, aber kaum einer kümmert sich darum. Und die, die sich nicht kümmern, das sind ausgerechnet unsere Politiker.

Es geht ums liebe Geld, genauer um das Geld, das sich Politiker zusprechen, ohne dass sie dies dürften. Die Details von Sebastian Bösel und Achim Reinhardt.

Bericht:

Festakt an einer Landstraße in Oberbayern. Ein Verkehrskreisel wird eingeweiht. Mitte drin die CSU-Landtagsabgeordnete Ingrid Heckner. Für Pflichttermine wie diesen und ihre Arbeit im Parlament bekommt Frau Heckner rund 9.700 Euro monatlich.

Außerdem leitet Ingrid Heckner einen Arbeitskreis in ihrer CSU-Fraktion. Dafür bekommt sie noch eine Zulage von 2.000 Euro. Warum eigentlich?



Ingrid Heckner, CSU, Landtagsabgeordnete und Arbeitskreisleiterin

O-Ton, Ingrid Heckner, CSU, Landtagsabgeordnete und Arbeitskreisleiterin:

»In diesen Fragen müssen Sie sich an die Geschäftsführung unserer Fraktion wenden. Das ist nichts, was ich eingefordert habe oder mich damit befasst habe.«

Wir wenden uns an die Fraktionsführung der CSU, wollen mehr erfahren über die Fraktionszulagen.

Frage: Herr Unterländer, kurz ein paar Fragen zum Thema Fraktionszulagen. Wir machen eine Umfrage für REPORT MAINZ. Möchten Sie nicht drüber reden? Möchten Sie nicht drüber reden? Das sind doch Steuergelder!

Frage: Nur ganz kurz, eine kurze Frage, Herr Freller, zu den Fraktionszulagen. Bekommen Sie denn eine Zulage?

Frage: Herr Schmid, ein paar Fragen zum Thema Fraktionszulagen für REPORT MAINZ. Nur ganz kurz, nur ganz kurz!

Politiker, die sonst gerne in Kameras sprechen, plötzlich ganz zugeknöpft, wenn es um Fraktionszulagen geht.

Er ahnt, warum die Politiker mauern. Professor Hans Herbert von Arnim, Verfassungsrechtler, sagt: Die meisten Zulagen zu den Diäten sind verfassungswidrig.



Prof. Hans Herbert von Arnim, Verfassungsrechtler

O-Ton, Prof. Hans Herbert von Arnim, Verfassungsrechtler:

»Die Fraktionen haben vielfach offenbar ein ganz schlechtes Gewissen und verbergen diese Funktionszulagen, die über die Fraktionskassen gezahlt werden, vor der Öffentlichkeit. Das ist eben einfach verfassungswidrig, und sie hoffen, trotzdem damit durchzukommen.«

Greifen Parlamentarier dem Steuerzahler verfassungswidrig in die Tasche? Kann das sein?

Viele Landtagsabgeordnete bekommen neben ihren Diäten noch eine Zulage, weil sie in ihren Fraktionen bestimmte Aufgaben übernehmen. Bei den Fraktionsvorsitzenden ist das rechtens. Für alle anderen Funktionen hatte das Bundesverfassungsgericht allerdings im Jahr 2000 geurteilt:

Zitat:

»Ergänzende Entschädigungen für die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden (...) und für die Ausschussvorsitzenden sind (...) mit dem Verfassungsrecht unvereinbar.« Solche Zulagen...

Zitat:

»...verstoßen gegen die Freiheit des Mandats und die Gleichbehandlung der Abgeordneten.«

O-Ton, Prof. Hans Herbert von Arnim, Verfassungsrechtler:

»Die Abgeordneten könnten dann also aus Gründen der Finanzen, um einen solchen dotierten Job zu kriegen, ihre Unabhängigkeit verlieren, und dem wollte das Gericht einen Riegel vorschieben.«

Wir sind im Landtag von Sachsen-Anhalt. Ein Drittel der Abgeordneten bekommt hier eine Zulage für Aufgaben in den Fraktionen. Von Unrechtsbewusstsein keine Spur.



Krimhild Fischer, SPD, stellv. Fraktionsvorsitzende Landtag Sachsen-Anhalt

O-Ton, Krimhild Fischer, SPD, stellv. Fraktionsvorsitzende Landtag Sachsen-Anhalt:

»Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende bekomme ich eine Zulage in Höhe von 1.000 Euro.«

Frage: Wissen Sie, dass das mal als verfassungswidrig eingestuft wurde?

O-Ton, Krimhild Fischer, SPD, stellv. Fraktionsvorsitzende Landtag Sachsen-Anhalt:

»Wir brechen kein Verfassungsrecht. Mit Sicherheit nicht. Dann könnten wir das gar nicht machen. Sondern wir legen – sagen wir mal – unsere Zulagen fest, und das machen die Fraktionen mit ihren Fraktionsgeldern, ja.«

Frage: Bekommen Sie eine Fraktionszulage?



Gudrun Tiedge, Die Linke, Arbeitskreisleiterin, Landtag Sachsen-Anhalt

O-Ton, Gudrun Tiedge, Die Linke, Arbeitskreisleiterin, Landtag Sachsen-Anhalt:

»Ja, als Arbeitskreisleiterin.«

Frage: Wie viel ist die?

O-Ton, Gudrun Tiedge, Die Linke, Arbeitskreisleiterin, Landtag Sachsen-Anhalt:

»Es sind 500 Euro im Monat.«

Frage: Wissen Sie, dass diese Zahlung verfassungswidrig ist?

O-Ton, Gudrun Tiedge, Die Linke, Arbeitskreisleiterin, Landtag Sachsen-Anhalt:

»Nein, das weiß ich nicht.«

Frage: Verzichten wollen Sie dann erstmal nicht auf die Zulage?



Markus Kurze, CDU, stellv. Fraktionsvorsitzender, Landtag Sachsen-Anhalt

O-Ton, Markus Kurze, CDU, stellv. Fraktionsvorsitzender, Landtag Sachsen-Anhalt:

»Würden Sie auf ein Teil Ihres Gehaltes verzichten? Frage ich einfach mal zurück. Ungern, ne?«

Wir wollen wissen, wie die Landtagsfraktionen bundesweit mit der Zahlung von Zulagen umgehen, machen eine Umfrage in den Flächenländern. Wer hält sich an das Verfassungsgerichtsurteil?

Ergebnis: Nur Schleswig-Holstein und Thüringen handeln im Sinne des Urteils. Alle anderen Landtage verfahren bei den Fraktionszulagen entweder intransparent oder entgegen der Rechtsprechung der Verfassungsrichter.

Wir wollen wissen, an wie viele Abgeordnete werden Zulagen gezahlt und in welcher Höhe?

Von den 63 Fraktionen antworten nur 35 mit konkreten Summen. 28 Fraktionen verweigern eine konkrete Auskunft, darunter die CSU in Bayern.

Auf dem CSU-Kongress haben wir nochmal nach.

Frage: Was kriegt denn zum Beispiel ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender?



Georg Schmid, CSU, Fraktionsvorsitzender Bayerischer Land-

tag

O-Ton, Georg Schmid, CSU, Fraktionsvorsitzender Bayerischer Landtag:

»Das ist intern festgelegt, wie ich gesagt habe, und intern soll es auch bleiben.«

Frage: Warum wollen Sie das nicht aufschlüsseln?

O-Ton, Georg Schmid, CSU, Fraktionsvorsitzender Bayerischer Landtag:

»Weil es nicht dienlich ist, jetzt einzelne Positionen aufzuschlüsseln. Daran hat niemand Interesse.«

Frage: Darf ich fragen, wie hoch die Zulage ist?



Karl Freller, CSU, stellv. Fraktionsvorsitzender Bayerischer Landtag

O-Ton, Karl Freller, CSU, stellv. Fraktionsvorsitzender Bayerischer Landtag:

»Ich bitte um Nachsicht, wenn ich die Zahl nicht veröffentlichen möchte. Es ist analog wie in anderen Unternehmen auch, dass wir keine Einzelbeträge veröffentlichen möchten.«

Auch die SPD in Bayern behandelt die Verteilung der Zulagen wie ein Freistaatsgeheimnis.

Frage: Warum wollen Sie nicht sagen, wer wieviel an Fraktionszulagen bekommt?

O-Ton, Harald Güller, SPD, Parl. Geschäftsführer Bayerischer Landtag:

»Weil es ein Fraktionsinterna ist.«

Frage: Aber es sind ja Steuergelder?

O-Ton, Harald Güller, SPD, Parl. Geschäftsführer Bayerischer Landtag:

»Sie können noch dreimal fragen, ich sage es das vierte Mal nochmal: Es ist ein Fraktionsinterna.«

Frage: Ja, warum gibt's da so eine Geheimniskrämerei?



Harald Güller, SPD, Parl. Geschäftsführer Bayerischer Landtag

O-Ton, Harald Güller, SPD, Parl. Geschäftsführer Bayerischer Landtag:

»Ich sag's zum fünften Mal, Sie können es zum sechsten Mal fragen: Es ist ein Fraktionsinterna.«

Umgang mit Steuergeld – undurchsichtig. Wir schauen in die Rechenschaftsberichte der Landtage. Dort finden wir Gesamtsummen, wie viel die Fraktionen pro Jahr für die verfassungswidrigen Zulagen ausgeben.

Die Spitzenreiter: Niedersachsen 570.000 Euro. Nordrhein-Westfalen 880.000 Euro. Und Bayern 940.000 Euro.

Insgesamt geben alle Landtagsfraktionen der Flächenländer im Jahr ca. 4,5 Millionen Euro für Zulagen aus – wohlgedacht trotz des Urteils des Bundesverfassungsgerichts.

O-Ton, O-Ton, Prof. Hans Herbert von Arnim, Verfassungsrechtler:

»Es geht hier um viele Millionen, die verfassungswidrig verausgabt werden, das ist ein krasser Verfassungsbruch von den höchsten deutschen Staatsorganen, den demokratischen Organen, den Parlamenten. Das ist ein Skandal.«

Abmoderation Fritz Frey:

Wir haben das Thema übrigens mit einigen Experten durchgesprochen, unter anderem mit einem Rechnungshof-Präsidenten, und auch er kommt zu dem Ergebnis, dass die Zulagen nicht verfassungsgemäß sind.

Stand: 30.9.2010, 9.56 Uhr